

Stopp dem sicherheitspolitischen Leistungsabbau!

Autor(en): **Thomann-Baur, Irène**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 7

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-583166>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Stopp dem sicherheitspolitischen Leistungsabbau!

Zwar führen die völkerrechtlichen Positionen von Deutschland, Österreich und der Schweiz zu unterschiedlichen sicherheitspolitischen Strategien; in der Analyse der Bedrohung stimmen die Bodensee-Anrainer jedoch überein: Das eurostrategische Umfeld ist instabil, konfliktgeladen. Höchste Zeit also, die Mittel zur Krisenbewältigung aufzustocken.

Irène Thomann-Baur*

Zu den gut 120 Teilnehmenden, die sich mit den zukünftigen Aspekten der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik befassen, gehörte eine stattliche Delegation aus der Schweiz, darunter Div Hans-Peter Kellerhals, Kdt Ter Reg 4, und Br Martin Vögeli, Kdt Inf Br 7.

Der österreichische Brigadier Dr. Peter Vorhofer, seit 2009 Leiter Militärdiplomatie und Attachéwesen, zuständig für bilaterale Beziehungen, erkannte vier sicherheitspolitische Perioden seines Landes:

- Im Kalten Krieg übte Österreich die klassische Landesverteidigung und bot gute Dienste;
- In die 90er Jahre fielen EU-Beitritt, Engagement in der Partnerschaft für den Frieden, das Bestreben, die Integration Osteuropas voranzutreiben sowie Verantwortung in anspruchsvollen Einsätzen wie der KFOR zu übernehmen;
- Die Jahrtausendwende prägten die Gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und die Reform des Bundesheeres mit der Ambition, eine Brigade im Ausland einzusetzen;
- Ab 2010 dominierten die Wehrpflichtdebatte, die Teilstrategie Verteidigung und das «Bundesheer der Zukunft».

Strategiemix und militärische Globalisierung

Die unmittelbare konventionelle Bedrohung existiert nicht mehr, aber es gibt neue Risiken, wie den internationalen, teils staatlich unterstützten Terrorismus oder Cyberangriffe, die einen Staat lahmlegen können. Noch ist nicht klar, wohin der Paradigmenwechsel führt. Darauf sind die sicherheitspolitischen Mittel auszurichten. Gefordert ist ein Mix aus Abschreckung, Resilienz, Eindämmung und Kooperation.

In dieser Phase der Umorientierung stört die Finanzkrise besonders stark. Eine Transformation braucht Grundinvestitionen. Für nicht vorhersehbare Dinge postuliert Vorhofer eine Reserve von 20%. In den Jahren 2010–2014 sind einzig die Verteidigungsbudgets der Staaten Nord- und Südosteuropas gewachsen, im Schatten von Russland. China baut mit enormem Aufwand Transportwege und Kommunikationsmittel in die Welt, – sie enden alle in Österreich. Die westliche Welt zeigt wenig Willen, die Negativspirale aufzufangen. Andere Weltregionen forcieren ihre Streitkräfte und alles, was mit Sicherheit zu tun hat, finanziell enorm. Die Summe der europäischen Rüstungsgüter und des Personals sinkt hingegen.

Die Eigenverantwortung Europas ist unverkennbar; ob es sie im Rahmen der NATO oder der EU wahrnehmen will, bleibe dahingestellt. Die GSVP tritt allerdings an Ort. In den Vordergrund gerückt ist hingegen wieder die OSZE, auch dank einem geschickten Schweizer Vorsitz, wie Vorhofer betonte.

Teilstrategie Verteidigungspolitik

Das Bundesheer zählt 55 000 Soldaten; 8300 sind Zivildienstler. Wichtiger als die Kopfstärke sind die Fähigkeiten. Der Orient kann sich dank seinen Ölquellen Sicherheit einkaufen, bevölkerungsstarke Nationen verfügen über viel Personal. Europa muss auf seinen Wissensreichtum bauen. Die Wehrpflichtarmee vereint mehr Fähigkeiten in sich als eine Berufsmarine. Früherkennung und Anpassungsfähigkeit lautet die Losung. Schlüsselfaktoren der Teilstrategie Verteidigungspolitik sind die globale machtpolitische Entwicklung, die

Rolle der NATO, die politische EU-Integration, die Stabilität in der europäischen Nachbarschaft, die Beziehungen zu Russland und die Weiterentwicklung der GSVP.

Kooperation als Grundprinzip

Auslandeinsätze sind wichtig, man muss ins Vorfeld gehen, wo Krisen entstehen.

Zunehmend instabile Regionen ortete der Militärdiplomat im Westbalkan, in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten und in Osteuropa. Im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl schickt Österreich relativ viel Soldaten in Friedensförderungsmissionen, nie aber in Kampfeinsätze. Als Nichtmitglied der NATO stellt es am meisten Truppen auf dem Balkan. Bei den Auslandeinsätzen sparen,

lehnt Vorhofer entschieden ab, mit 70 Mio. Euro kosten sie nicht wirklich viel. Der Gewinn an Know-how wiegt das leicht auf.

Matterhorn statt Europa?

Spricht man im Ausland über die Schweizerische Sicherheitspolitik, ist immer an unsere speziellen Rahmenbedingungen zu erinnern. Oberst i GSt Peter Schneider, Chefredaktor der ASMZ, erwähnte die umfassende Demokratie mit Initiative und Referendum, die starke Position der Kantone, ohne deren Zustimmung gar nichts geht, die stabile Regierung, die allgemeine Wehrpflicht (in der Volksabstimmung 2013 erneut mit einer Ja-Mehrheit von 73% bestätigt) und die in der Bevölkerung tief verankerte Neutralität. Sie wirkte immer wieder erfolgreich gegen wechselnde Gegner, dem Prinzip folgend «Lasst uns in Ruhe – dann lassen wir euch auch in Ruhe».



Peter Vorhofer, Wien.

Am Vorabend eines neuen Sicherheitspolitischen Berichts

Bis 1945 war Sicherheitspolitik im Wesentlichen gleichbedeutend mit Überlebensstrategie, die Verteidigung oblag einzig der Armee. Aus den Weltkriegen haben die Schweizer gelernt: «Wir müssen selber schauen». NATO- und EU-Mitgliedschaften sind kein Thema. Erst 2002 sagte das Schweizer Volk Ja zum UNO-Beitritt. Aufgrund der realen Bedrohung betrieb die Schweiz während des Kalten Krieges zur Dissuasion logisch und konsequent einen bemerkenswerten militärischen Aufwand. Drei sicherheitspolitische Berichte (1966, 1973, 1979) bestätigten im Prinzip diese Marschrichtung.

Die grossen Fragen tauchten nach dem Mauerfall auf. Die Schweiz fand sich in einem völlig veränderten Europa wieder und ist seither hin und her gerissen zwischen Tradition und Weltoffenheit. Die Sicherheitspolitischen Berichte aus den Jahren 1990, 2000, 2010 spiegeln das Dilemma. Wieviel Unabhängigkeit ist überhaupt realistisch, wo gebieten die Bedrohungen und Gefahren Kooperation, weil ihnen kein Staat allein trotzen kann? Wie meistert der nächste Sicherheitspolitische Bericht den bekannten Spagat? Werden jene Schwachpunkte wieder verschwiegen, die aus mangelnder Kooperation entstehen?

Bleibt die Armee geldgesteuert?

Die Kompetenzaufteilung ist zumindest auf dem Papier definiert: Bei Gefahren und Bedrohungen im Innern sind die Kantone zuständig, die Armee beteiligt sich subsidiär. Nach aussen wirkt der Bund mit seiner Aussen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, dem Nachrichtendienst sowie der Armee. Weniger klar sind die Zuständigkeiten beim Übergang von Einsätzen unter der Kriegsschwelle zum eigentlichen Krieg. Und wann und woran erkennt man überhaupt einen hybriden Gegner? Auf der Krim wirkten Cyberattacken, Propaganda und Spezialkräfte so erfolgreich, dass die Krim annektiert war, ohne dass die russische Armee kämpfen musste.

Die Weiterentwicklung von Armeen geschieht immer auf einer gerbten Struk-

tur. In der Schweiz spielen Traditionen im Militärbereich eine dominante Rolle, und wer einmal eingeteilt war, fühlt sich als Fachmann. Über dem Projekt «Weiterentwicklung der Armee» schwebt bereits wieder das Damoklesschwert der Budgetkürzung. Zwar sprach sich das Parlament im Herbst 2011 für ein Verteidigungsbudget von fünf Milliarden aus, doch legt der Bundesrat ein neues Sparpaket vor, das die Armee kaum verschonen wird. Dieses Schicksal kennen alle Streitkräfte. Irgendwie arrangieren sie sich immer wieder. Vielleicht sollten sie das einmal bleiben lassen! Seit Jahren wird die Armee über die verfügbaren Mittel definiert. Zahlen zu Bestand und Bud-

get prägen die Debatte, der Auftrag wird ausgeblendet.

Jubiläumsjahr der Bundeswehr

Die Bundeswehr feiert heuer 60 Jahre ihres Bestehens und 25 Jahre «Armee der Einheit». Ein geruhsames Jubiläumsjahr wird es nicht, wie Markus Grübel, Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Verteidigung, nüchtern feststellte. 2002 fasste man das Ziel eines stabilen Europas ist Auge, heute ziehen sich die Krisen entlang der europäischen Peripherie von Nordafrika über den Nahen Osten bis in die Ukraine.

Im Kalten Krieg erwies sich die Bundeswehr als verlässlicher Partner, aktuell sind 2549 ihrer Angehörigen weltweit im Einsatz. Vor einem Jahr wäre es undenkbar gewesen, dass deutsche Soldaten Dienst in einem Kriegsgebiet leisten, heute bilden sie im Nordirak Peschmerga-Kämpfer aus. Flössten früher starke Länder Angst ein, bereiten heute zerfallende Staaten und eingefrorene Konflikte mehr Sorgen.

Unter den Schlagworten *eingesatzorientiert – demografiefest – nachhaltig finanziert* läuft die Neuausrichtung der Bundeswehr. Aufgrund der Konzentration auf die Auslandseinsätze wurden Beschaffungen zurückgestellt. Das rächt sich z. B. bei den Transportflugzeugen, die aus den 60er Jahren stammen.



Peter Schneider,
Lohn-Ammannsegg



Markus Grübel, Berlin
Fotos: ASMZ

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht ermangelt die Bundeswehr der Fachkräfte. Ein eigenes Gesetz soll die Attraktivität der Bundeswehr steigern. Auch Deutschland schafft nach zehn Jahren mit dem Weissbuch 2016 ein neues Grundlagendokument, das politische Vorgaben für die Bundeswehr enthalten wird.

Wiederbesinnung auf die NATO

Auf die Ukraine-Krise reagiert die NATO mit einer Doppelstrategie. Sie demonstriert Stärke und Entschlossenheit, hält den Dialog mit Russland jedoch offen. Geplant ist eine rasche Speerspitze, startklar innerhalb von zwei Wochen; ausgediente Waffensysteme sollen nicht verschrottet, sondern hochgerüstet und Logistikstützpunkte im Osten und Westen des Bündnisses eingerichtet werden. Zum schnellen Verstärkungskonzept gehören Übungen mit dem Baltikum, Rumänien und Bulgarien. Der Trend der sinkenden Verteidigungsausgaben soll zumindest gestoppt werden. Die von der NATO geforderten 2% des Bruttoinlandsproduktes würden für Deutschland einen Wehretat von utopischen 58 Mia. bedeuten. Deutschland ist indes bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen, und stellt der NATO zum Aufbau der Verteidigungsfähigkeit alle seine Mittel zu Verfügung.

Die EU funktioniert als Wirtschafts- und Wertegemeinschaft, bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss sie aufholen. Konkrete Themen sind Cyberverteidigung, Satelliten, waffenlose und bewaffnete Drohnen, Aufklärungsmittel überhaupt. Grübel glaubt an eine Gemeinsame Europäische Armee, wenn auch der Weg dazu noch lange ist. Den Ausgleich zur Reduktion der nationalen Souveränität könnte die Stärkung des Europäischen Parlaments bilden.

Zu Neutralität, Kooperation, Wirtschaftssanktionen und der Verständigung in gemischtsprachlichen Verbänden beantworteten die drei Referenten abschliessend Fragen von Professor Ernest Enzelsberger, Präsident der Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in Vorarlberg, und aus dem Publikum. ■

* Journalistin, Hptm, zuletzt im Info Rgt 1, ehemals Generalsekretärin der SOG, Winterthur.